

// Im Blickpunkt

Die Erbschaftsteuerreform hat Auswirkungen auch auf die Anwachsung von Betriebsvermögen bei verbleibenden Gesellschaftern. Nur der Abfindungsanspruch soll der Besteuerung unterliegen (dazu der Beitrag von *Götzenberger*). Wie *Brey/Merz/Neufang* darlegen, dürfte die steuerfreie Übertragung von Immobilien eher die Ausnahme bleiben. *Hässel/Hengsberger* stellen einen Katalog der Tätigkeiten eines Steuerberaters vor, die er als Rechtsdienstleistung erbringen darf.

Udo Eversloh, Ressortleiter Steuerrecht



Entscheidungen

BFH: Rentenbesteuerung verfassungsgemäß

Der BFH hält die Besteuerung der Alterseinkünfte nach dem System der nachgelagerten Besteuerung für verfassungskonform (BFH, 26.11.2008 – X R 15/07).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-1 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Verlustübernahmen bei „verunglückter“ Organschaft

Durch Urteil vom 22.10.2008 – I R 66/07 – hat der BFH entschieden, dass die Änderung eines zwischen zwei GmbHs bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags zu ihrer Anerkennung im Rahmen der körperschaftsteuerlichen Organschaft der Eintragung in das Handelsregister und der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der beherrschten Gesellschaft bedarf. Auch die Gesellschafterversammlung der beherrschenden Gesellschaft muss zustimmen. An dem Zustimmungserfordernis ändert sich auch dann nichts, wenn die Vertragsänderung nur aus steuerlichen Gründen vorgenommen wird.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-2 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Doppelte Haushaltsführung bei beiderseits berufstätigen Ehegatten nach Wohnsitzwechsel

Wie der BFH durch Urteil vom 30.10.2008 – VI R 10/07 – entschieden hat, sind bei beiderseits berufstätigen Ehegatten die Aufwendungen für eine doppelte Haushaltsführung zeitlich unbeschränkt als Minderung finanzieller Leistungsfähigkeit steuerlich zu berücksichtigen. Die Verlegung des Familienwohnsitzes an den Beschäftigungsort des anderen Ehegatten unter Beibehaltung der ursprünglichen Familienwohnung als Erwerbswohnung ist unerheblich.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-3 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Rechtliches Gehör bei Klageabweisung nach Wechsel des Berichterstatters

Der BFH hat mit Urteil vom 11.11.2008 – IX R 14/07 – entschieden: Erklärt der Berichtersteller ausdrücklich auch im Namen seiner Senatskollegen im Rahmen mehrerer eingehend begründeter Berichterstatterschreiben, die Klage werde Erfolg haben, so stellt es eine Verletzung des rechtlichen Gehörs wie auch der Anforderung an ein faires Gerichtsverfahren dar, wenn das FG die Klage nach einem Wechsel des Berichterstatters ohne einen entsprechenden Hinweis an den Kläger abweist.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-4 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Auslegung eines Rechtsbehelfs

Fehlt es an einer eindeutigen und zweifelsfreien Erklärung des wirklich Gewollten in der Rechtsbehelfsschrift, hat das FG nach der Rechtsprechung des BFH (Urteil vom 8.5.2008 – VI R 12/05) den wirklichen Willen des Steuerpflichtigen durch Auslegung seiner Erklärung zu ermitteln. Dabei ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Steuerpflichtige denjenigen Verwaltungsakt anfechten will, der angefochten werden muss, um zu dem erkennbar angestrebten Erfolg zu kommen. Die Auslegung des Einspruchs ist Gegenstand der vom FG zu treffenden tatsächlichen Feststellungen. Das Revisionsgericht ist daran gebunden. Dieses kann nur prüfen, ob das FG die gesetzlichen Auslegungsregeln beachtet und nicht gegen Denkgesetze und Erfahrungssätze verstoßen hat.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-5 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Wiedereinsetzung bei Bekanntgabe eines vordatierten Steuerbescheids

Ein Steuerbescheid, der vor dem Datum des Bescheids zugestellt wird, ist wirksam bekannt gegeben, so dass die Einspruchsfrist mit Bekanntgabe des Bescheids zu laufen beginnt. Versäumt der Empfänger die Einspruchsfrist,

weil er darauf vertraut hat, die Frist ende nicht vor Ablauf eines Monats nach dem Datum des Bescheids, ist nach der Rechtsprechung des BFH (Urteil vom 20.11.2008 – III R 66/07) regelmäßig Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-6 unter www.betriebs-berater.de

Verwaltungsanweisungen

BMF: Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen

Das BMF nimmt im Schreiben vom 6.1.2009 – IV B 9 – S 7141/08/10001 – ausführlich zur Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 1 Buchst. b i. V. m. § 6a UStG für innergemeinschaftliche Lieferungen ausführlich Stellung.

- Das betrifft zum einen Anwendungsgrundsätze zur Beförderung oder Versendung in das übrige Gemeinschaftsgebiet wie auch die Bearbeitung oder Verarbeitung vor der Beförderung/Versendung.
- Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Nachweispflichten nach §§ 17a bis 17c UStDV in den Fällen der Beförderung/Versendung bzw. Bearbeitung und Verarbeitung als Voraussetzung für die Steuerbefreiung.
- Das Schreiben geht auch auf die Gewährung von Vertrauensschutz (§ 6a Abs. 4 UStG) ein.

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-7 unter www.betriebs-berater.de

BMF: Basiszins für das vereinfachte Ertragswertverfahren

Durch Schreiben vom 7.1.2009 – IV C 2 – S 3102/07/0001 – hat das BMF den Basiszins für das vereinfachte Ertragswertverfahren gem. § 203 Abs. 2 BewG bekannt gegeben, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet ist. Die Deutsche Bundesbank hat hierfür auf den 2.1.2009 anhand der Zinsstrukturdaten einen Wert von 3,61 % errechnet.

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-130-8 unter www.betriebs-berater.de